

Was uns bewegt - Politik in Holle und unserer Region

INHALT

SEITE 2

INTERVIEW

mit Johanne Modder MdL,
Vorsitzende der SPD-Fraktion im
Niedersächsischen Landtag

SEITE 5

BERICHT VOM SPD- LANDESPARTEITAG

SEITE 7

DIE FLÜCHTLINGSKRISE IM KURZÜBERBLICK

Artikel von Olaf Levonen

SEITE 8

OLAF LIES BEIM BÜRGERSTAMMTISCH

SEITE 9

I. MAI-SPAZIERGANG DES ORTSVEREINS GRASDORF-LUTTRUM

SEITE 10

JUBILAREHRUNG DES SPD- GEMEINDEVERBANDES HOLLE

SEITE 10

IMPRESSUM

Fortsetzung und Neuanfang

Einige Leserinnen und Leser erinnern sich wahrscheinlich noch an den Rundbrief, den ich zwischen 2012 und Ende 2014 für meinen Ortsverein erstellt hatte. Er wurde in Papierform an alle Mitglieder verteilt und per E-Mail an einen größeren Kreis verschickt.

Anfang/Mitte 2015 war das Projekt dann eingeschlafen. Warum? Ein Autor ließ mich im Stich, die Zeit war knapper geworden und vielleicht war auch das damalige Konzept ausgereizt.

Mit diesem nun vorliegenden Informationsbrief steht eine Fortsetzung an. Mir ist es dabei wichtig, auch in den schnelllebigen Informationszeiten von Facebook und anderen Diensten

Informationen zu bündeln, zusammenzufassen und in dieser Form zugänglich zu machen - und das auch für die Mitglieder der SPD in „meinen“ Parteigliederungen, die nicht täglich Internet und Facebook verfolgen.

Klar ist dabei, dass eine Fortsetzung nicht 1:1 erfolgen kann - insbesondere auch dann, wenn man zum Ergebnis kommt, dass das frühere Konzept ausgereizt war. Dieser Informationsdienst soll daher einen anderen Schwerpunkt bekommen.

Auch partei-interne Nachrichten werden eine Rolle spielen, wie die Berichte über den Landesparteitag, den Bürgerstammtisch, den Mai-Spaziergang und die Jubilarehrung zeigen. Ich will aber perspektivisch den Versuch unternehmen, stärker kommunalpolitische Themen und Initiativen aufzugreifen.

Die erste Ausgabe liegt nun vor. Sie hat zwei Schwerpunkte. Ich freue mich, dass Hanne Modder MdL, Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, für ein Interview zur Verfügung stand. Herzlichen Dank dafür! Und ich freue mich, dass ich einen Beitrag von Olaf Levonen, unserem Kandidaten bei der Landratswahl im September, in diese Ausgabe aufnehmen konnte.

Ich wünsche viel Spaß beim Lesen! Für Anregungen bin ich jederzeit dankbar.

Mit solidarischen Grüßen

Sven Wieduwilt

Interview

mit Johanne Modder, Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion

Am 11. September 2016 finden in Niedersachsen die Kommunalwahlen statt. Im Landkreis Hildesheim werden Orts- und Gemeinderäte, der Kreistag, der Landrat und in einigen Gemeinden die Bürgermeister gewählt. Im Vorfeld stand mir Johanne Modder MdL, Vorsitzende der SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag, für ein Interview zur Verfügung. Hierfür bedanke ich mich ganz herzlich!

Am 11. September 2016 finden die Kommunalwahlen in Niedersachsen statt. Du bist nun selber viele Jahre in der Kommunalpolitik aktiv. Was war Dein Beweggrund, Dich dort zu engagieren?

Ich komme aus einer Großfamilie und habe schon früh gelernt, dass, wenn ich was verändern will, ich mich einmischen und einbringen muss. Das ist bis heute meine eigentliche Antriebsfeder. Es war sehr schnell klar, dass die Kommunalpolitik mir diese Möglichkeit im näheren Umfeld, im täglichen Erleben dafür bietet. Hier ist das Herz der Demokratie. Kommunalpolitik ist für mich Ausgleich und Leidenschaft zugleich.

Was würdest Du jemandem sagen, warum sie oder er sich in der Kommunalpolitik engagieren sollte?

Sich in seiner Heimatgemeinde zu engagieren, für bessere Bildungseinrichtungen für unsere Kinder, mehr bezahlbarer Wohnraum für alle, gute Pflegeeinrichtungen für unsere Älteren oder auch die Entwicklung in der Gemeinde mitgestalten zu können, ist doch alle Anstrengung wert. Wir brauchen engagierte Frauen und Männer, die Spaß daran haben, sich politisch einzubringen. Die Auswirkungen der eigenen Entscheidungen sind vor Ort sehr

schnell sichtbar. Das ist auf anderen Ebenen nicht immer so.

Die Kommunalwahlen sind eine wichtige Zwischenstation auf dem Weg zur Landtagswahl 2018. Was kann man im Kommunalwahlkampf den Bürgerinnen und Bürgern sagen? Was hat Rot-Grün für die Kommunen auf den Weg gebracht?

Diese Landesregierung hat mit unserem Ministerpräsidenten Stephan Weil und auch mit unserem Innenminister Boris Pistorius zwei Spitzenleute, die auf eine langjährige und erfolgreiche kommunalpolitische Laufbahn blicken können und genau wissen, was in der kommunalen Familie erwartet wird. Besonders in der Flüchtlingspolitik hat sich dieses enge Zusammenspiel sehr bewährt. Wir haben die Abgeltungspauschale für unsere Kommunen erhöht und mit Abschlagszahlungen die Liquidität sichergestellt. Außerdem werden wir auch in der jetzt vor uns liegenden Aufgabe der Integration unsere Kommunen unterstützen. Wir haben den Bildungsbereich massiv gestärkt. Mit der Zukunftsoffensive Bildung und dem neuen Schulgesetz investieren wir in der laufenden Wahlperiode insgesamt eine Milliarde Euro mehr für Bildung. Mehr Ganztagschulen, das Abitur wieder nach 13 Jahren und die Gesamtschulen als ersetzende Schulform geben mehr Möglichkeiten, dass vor Ort entschieden wird, welche Schulform gewünscht wird. Wir haben mit der Finanzierung der 3. Kraft in unseren Krippen den Einstieg in eine bessere Betreuung gemacht. Und wir kümmern uns um eine bessere Anbindung des ländlichen Raumes durch die Reaktivierung von Bahnstrecken und Bahnhaltepunkten. Ich könnte noch viel mehr aufzählen

Gibt es noch weitere Projekte, die für die Landkreise und Kommunen von Interesse sein werden?

Wir sind mit den Kommunalen Spitzenverbänden zum Thema Schulsozialarbeit in guten Gesprächen und bieten an, die schulische Sozialarbeit als Landesaufgabe zu übernehmen. Davon profitieren nicht nur die Schülerinnen und Schüler, sondern genauso die Kommunen.

Das beherrschende Thema seit Sommer letzten Jahres ist die Flüchtlingspolitik. Laut Deutschlandtrend (24.3.2016) glauben 77 Prozent der Befragten nicht daran, dass sich die Situation nach der Verabredung mit der Türkei entspannt. Wie schätzt Du die Situation ein?

Der Flüchtlingsstrom konnte durch die Vereinbarungen auf europäischer Ebene mit der Türkei stark gedrosselt werden. Das hat zu einer deutlichen Entspannung auch bei uns in Niedersachsen geführt. Leider müssen wir zur Kenntnis nehmen, dass Europa in der Flüchtlingspolitik völlig versagt, weil sich nicht alle Länder an einer gesamteuropäischen Lösung beteiligen wollen. Wir reden aus meiner Sicht viel zu wenig über die Fluchtursachen und was wir tun können, damit sich die Verhältnisse in den Herkunftsländer verbessern. Als überzeugte Europäerin werbe ich weiterhin für ein starkes, vereintes und friedvolles Europa.

Eine große Verantwortung bei der Aufnahme und Integration von geflohenen Menschen liegt bei den Kommunen. Bekommen diese genügend Unterstützung? Und wo siehst Du ggf. Handlungsbedarf?

Als im letzten Jahr in sehr kurzer Zeit sehr viele Menschen bei uns in Deutschland und Niedersachsen Zuflucht gesucht haben, stand zu allererst die Unterbringung und Versorgung der Flüchtlinge im Vordergrund. Das ist uns, nach anfänglichen Schwierigkeiten, in Zusammenarbeit mit den Kommunen und den vielen tausend ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer auch sehr gut gelungen. Darauf sollten wir zunächst einmal auch ein Stückchen stolz sein. Unser Land hat Hervorragendes geleistet.

Jetzt gilt es die eigentliche Aufgabe der Integration anzupacken. Auch das ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, zu der sich auch der Bund noch stärker bekennen muss. Für eine erfolgreiche Integration bedarf es aus meiner Sicht drei Sachen: gute Integrationskurse zum Erlernen unserer Sprache und Vermittlung unserer Grundwerte, guter und bezahlbarer Wohnraum und Teilhabe und Wertschätzung durch Vermittlung in Arbeit.

Die Frage nach einer Verbesserung der Einnahmeseite des Staates war nach der Bundestagswahl lange Zeit kein Thema. Müssen wir angesichts der gesellschaftlichen Aufgaben, übrigens nicht nur im Hinblick auf die Flüchtlingspolitik, nicht hierüber eine Debatte führen?

Gerade die Flüchtlingskrise hat gezeigt, dass wir mit der Forderung nach einem starken Staat richtig liegen. Wir brauchen einen starken Staat, der in der Lage ist, solche Herausforderungen zu meistern. Angesichts unserer starken Wirtschaftskraft, einer niedrigen Arbeitslosigkeit und guten Steuereinnahmen ist uns das bislang auch gut gelungen. Natürlich braucht unser Staat auf allen Ebenen eine ausreichende finanzielle Ausstattung, die eine erfolgreiche Integration möglich macht, Investitionen in die Zukunft sicherstellt und unsere Infrastruktur nicht nur erhält, sondern auch weiter ausbaut.

Der Bund ist zurzeit in der Lage, seinen Haushalt auszugleichen und Überschüsse zu erwirtschaften. Viele Länder und auch Kommunen müssen dagegen weiter Schulden aufnehmen und über all dem steht die in der Verfassung verankerte Schuldenbremse. Daher müssen wir eine ehrliche Debatte über die Verteilung der Steuereinnahmen reden und wir werden aus meiner Sicht auch die Debatte über eine gerechte Verteilung der Steuerlast reden müssen. Es ist für mich als Sozialdemokratin nicht hinnehmbar, dass die Schere zwischen Arm und Reich in unserem Land immer weiter auseinandergeht. Wir brauchen eine Debatte über die Besteuerung großer Vermögen und darüber, ob die jetzt anwachsende Generation der Erben nicht auch einen stärkeren Beitrag leisten kann. Letztlich

kann es nicht richtig und gerecht sein, wenn wir immer nur das Arbeitseinkommen stärker besteuern und Kapitaleinkünfte außen vor lassen. Ich glaube, dass wir hier zu mehr Gerechtigkeit kommen müssen.

Starke Schultern müssen mehr tragen als schwache. Das ist zumindest mein Grundsatz, aber dafür brauchen wir in diesem Land eine politische Mehrheit und die zeichnet sich zurzeit leider nicht ab.

Zu einem anderen Thema: Die SPD verharrt auf Bundesebene bei 24 Prozent. In mehreren Bundesländern liegt sie zwischen 10 Prozent und 15 Prozent. Lläuft die SPD Gefahr, ihren Charakter als Volkspartei zu verlieren?

Die derzeitigen Umfragen stimmen mich sehr nachdenklich. Natürlich treibt mich das um, aber ich bin zutiefst davon überzeugt, dass unsere Gesellschaft eine starke

Sozialdemokratie braucht. Wer, wenn nicht wir steht für soziale Gerechtigkeit, hohes Verantwortungsbewusstsein und Zusammenhalt in unserer Gesellschaft. Wir werden kämpfen müssen, aber das mussten wir in unserer langjährigen Geschichte schon immer.

In Niedersachsen liegen wir bei Wahlen und in Umfragen bei über 30 Prozent. Aber wie schafft unsere Partei es, die Ergebnisse auch auf Bundesebene mal wieder zu erreichen? Wie kann sie wieder Mehrheitsfähigkeit erlangen?

Die SPD in Niedersachsen hat ein klares Profil. Wir haben mit Stephan Weil eine starke Persönlichkeit als Ministerpräsidenten, der einen klaren Kurs fährt und sich als verlässlicher

und kompetenter Anwalt seines Landes präsentiert. Die SPD in Niedersachsen hat eine große Geschlossenheit und zeigt durch ihre Politik, dass die Menschen sich darauf verlassen können, dass wir ihre Sorgen und Ängste ernstnehmen und mit einer großen Dialogbereitschaft auch an den Lösungen arbeiten.

Welches Angebot können wir der großen Gruppe der Nicht-Wählerinnen und –Wähler machen, die sich bereits seit vielen Jahren von

der Politik auch deshalb abgemeldet hatten, weil sie von dieser nichts mehr erwartet haben, und nun in Teilen der AfD wählen?

Wir müssen verlorengegangenes Vertrauen wieder zurückgewinnen und das schaffen wir nur, wenn wir ein klares Profil und große Geschlossenheit zeigen und durch unser politisches Handeln beweisen, dass wir für bessere Lebensbedingungen der Menschen, den

Zusammenhalt in

unserer Gesellschaft und unsere Demokratie arbeiten.

Wäre die Perspektivdebatte, die eher vor sich hindümpelt, eine Chance, eine sozialdemokratische Geschichte zu entwickeln und zu erzählen?

Wenn wir es schaffen, die Perspektivdebatte für eine sozialdemokratische Antwort auf die Herausforderungen unserer Zeit zu entwickeln und dazu eine sozialdemokratische Geschichte schreiben können, ist es eine wirkliche Chance zur alten Stärke zurück zu finden. Aber dazu gehört auch eine ehrliche Analyse des Ist-Zustandes der Partei.



Landesparteitag am 9. April 2016 SPD-Unterbezirk Hildesheim beim Landesparteitag

Am 9. April 2016 fand in Braunschweig der Landesparteitag der niedersächsischen SPD statt. Im Mittelpunkt des Parteitages stand die Neuwahl des Landesvorstandes. Katja Schoner, stellv. Vorsitzende des SPD-Unterbezirks Hildesheim, die dem Landesvorstand seit 2014 als Beisitzerin angehört, wurde in dieser Funktion bestätigt. Leo Kuntscher, Juso-Landesvorsitzender aus Hildesheim, wurde ebenfalls als Beisitzer gewählt.

Waltraud Friedemann, Vorsitzende des SPD-Unterbezirks Hildesheim, zog eine positive Bilanz.

„Interessante und inhaltlich gute Debatten und Beschlüsse“, so Friedemann. Die Neuwahl des Landesvorstandes, Antragsberatung und die Rede von Jean Asselborn, Luxemburgs

Außenminister und Minister für Immigration und Asyl, standen auf der Tagesordnung des Parteitages der niedersächsischen SPD, der am 9. April 2016 in Braunschweig stattfand.

Katja Schoner freute sich über die Wiederwahl in den Landesvorstand. „Es ist ein zentrales Gremium und ich finde es wichtig, dort mitzuarbeiten, meine politischen Erfahrungen einzubringen und die Interessen unserer Region dort zu vertreten“, betonte Katja Schoner nach ihrer Wiederwahl. Im Hinblick auf die Arbeit im Landesvorstand wies sie auf die Bedeutung der kommenden zwei Jahre hin. „Mit den Kommunalwahlen, der Bundestagswahl 2017 und der Landtagswahl 2018 liegen wichtige Wegmarken vor uns. Ich freue mich, hieran als Mitglied des Landesvorstandes weiterhin mitwirken zu können.“ Beeindruckt zeigte sich Katja Schoner von der Rede Jean Asselborns. „Es

war ein starkes Signal und Plädoyer für Europa“, unterstrich Schoner. „Er hat engagiert die Bedeutung der Europäischen Union und der europäischen Integration unterstrichen.“

„Ich freue mich für Katja Schoner und Leo Kuntscher“, so Waltraud Friedemann. „Und ich begrüße es sehr, dass der Unterbezirk Hildesheim auch weiterhin im Landesvorstand vertreten ist.“ In ihrer Bilanz des Parteitages wies Waltraud Friedemann ferner auf die inhaltlichen Debatten und Beschlüsse hin. In diesem Zusammenhang unterstrich sie die Debatte zur Flüchtlingspolitik. Der SPD-Landesvorstand hatte hierfür den Leitantrag „Solidarität und Sicherheit –

Sozialdemokratische Antworten auf die Flüchtlingsnot“ vorgelegt. „Der Beschluss gibt Antworten auf Fluchtursachen und die Rolle der Europäischen Union“, so Waltraud Friedemann. „Aber vor allem gibt er Antworten auf die große Herausforderung unserer Gesellschaft in den kommenden

Jahren, auf die Bedeutung der Integration.“ Bildung und Arbeit seien hierfür die Grundlage und genau hier setze die niedersächsische SPD Schwerpunkte, mit dem gefassten Beschluss und auch mit dem Beschluss „Arbeit. Bildung. Niedersachsen.“ im letzten Herbst.

Sven Wieduwilt, stellv. Vorsitzender des SPD-Unterbezirks Hildesheim, schloss sich der Bewertung an. Gleichzeitig unterstrich er die Bedeutung der finanziellen Unterstützung für Land und Kommunen. „Vor dem Hintergrund der gesellschaftlichen Herausforderungen ist die Feststellung richtig, dass die schwarze Null im Bundeshaushalt nicht alleiniger Maßstab sein darf“, so Sven Wieduwilt. „Ohne die entsprechenden Investitionen in die Zukunftsbereiche Bildung, Ausbildung und Arbeit werden wir die Herausforderung der Integration nicht lösen.“ Er wies in diesem



Zusammenhang auch auf den Vorschlag hin, die Finanzierung der Integration als sogenannte Gemeinschaftsaufgabe zu definieren. „Der Beschluss des Landesparteitages beinhaltet diese Forderung und ich glaube, es kann ein sinnvolles Instrument sein.“

Katja Schoner unterstrich ebenfalls den Beschluss zur Flüchtlingspolitik, hob darüber hinaus aber noch den Beschluss „LandLebensWert – unser Aktionsprogramm für ländliche Räume“ hervor.

„Ich begrüße es, dass der Landesparteitag diesen Beschluss gefasst“, so Schoner. „Wir müssen dafür sorgen, dass der ländliche Raum attraktiv bleibt. Dieser Beschluss skizziert die Handlungsbereiche für die Kommunalpolitik im ländlichen Raum und das sehr konkret. Er ist ein wichtiges Zeichen auch im Hinblick auf die Kommunalwahlen im September und dafür, dass wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten an der Stärkung des ländlichen Raums festhalten.“



„Niedersachsen ist ein Flächenland, weite Teile gehören zum ländlichen Raum und es muss unsere Aufgabe sein, diesen attraktiv und lebenswert zu halten“, betonte Sven Wieduwilt. „Wir müssen dafür sorgen, dass die Menschen dort gerne leben und Perspektiven haben.“

Der Beschluss „LandLebensWert“ formuliere Herausforderungen des ländlichen Raums und gebe Antworten hierauf. Bildung, Wohnen, Infrastruktur in Form von Breitband, Straße und Schiene,

Gesundheitsversorgung und viele Punkte mehr seien Gegenstand des Papiers.

Der SPD-Unterbezirk Hildesheim war mit Waltraud Friedemann, Katja Schoner, Cornelia Ott, Sven Wieduwilt, Ulrich Bertram, Alexander Lonzen, Harald Schliestedt, Heidrun Kasten, Martin Wincek, Ines Hoffmann, Johanna Schmidt, Antonia Hilberg und Leonard Kuntscher beim Landesparteitag vertreten.

**Kommunalwahl am 11. September 2016
SPD-Unterbezirk Hildesheim
programmatisch gut aufgestellt**

Am 16. April 2016 fand die Wahlbereichskonferenz des SPD-Unterbezirks Hildesheim statt. Die Wahllisten für die Kreistagswahl wurden verabschiedet.

Außerdem verabschiedete die Konferenz das Wahlprogramm für die Kreistagswahl: „Zuhause gestalten – Zusammenhalt sichern – Zukunft bewegen“ – so der Titel des Wahlprogramms.

Eine Neuheit auf der Wahlbereichskonferenz des SPD-Unterbezirks Hildesheim war das Jugendwahlprogramm der Jusos, dass parallel

zum Wahlprogramm von den Delegierten beschlossen wurde. Ein Alleinstellungsmerkmal der SPD im Landkreis Hildesheim!

Beide Programme sind über die Homepage des SPD-Unterbezirks Hildesheim abrufbar:

<http://www.spd-ub-hildesheim.de>



Olaf Levonen

Die Flüchtlingskrise im Kurzüberblick

Weltweit sind laut Bericht des Hohen Kommissars für Flüchtlinge der UN (UNHCR) ca. 60 Mio. Menschen auf der Flucht. Neun von zehn Flüchtlingen leben in den Entwicklungsländern. Dabei bleiben die meisten Menschen in ihrer angestammten Heimat oder in deren Nachbarländern.

Das heißt die Mehrheit wandert nicht aus, auch wenn uns oftmals über die Medien ein anderer Eindruck vermittelt wird. Nur ein Rinnsal der Flüchtlinge erreicht Europa. Trotzdem erleben wir aktuell die größte Völkerwanderung der Neuzeit (Dahn 2015).

Neu ist dabei nicht nur die Menge an Menschen, sondern vor allem das Tempo der Wanderung.

Deutschland und seine Bürokratie wurden von dieser Wanderungswelle im Spätsommer 2015 völlig überrascht. Kreise und Gemeinden, Hilfsorganisationen und Ehrenamtliche mussten quasi über Nacht Unterkünfte, Betten, Trennwände, Toiletten, Essen etc. organisieren. Die staatlichen Strukturen fassten erst nach und nach wieder Schritt. So auch in Niedersachsen und bei uns im Landkreis Hildesheim. Seit dem 05.09.2015 haben 1.266.232 Personen die Bundesrepublik erreicht und ca. 120.600 Personen Niedersachsen. Der Zulauf hat sich in 2016 aufgrund der aktuellen Grenzsicherungen verringert. So sind zwar bis Ende Februar 2016 noch weitere 20.847 Personen nach Niedersachsen gekommen, doch sinkt momentan der Zustrom merklich ab.

So beträgt die Gesamtbelegung in den Erstaufnahmeeinrichtungen des Landes einschließlich der Notunterkünfte etc. ca. 14.668 Personen (ohne die kommunalen Unterkünfte) Der Anteil der Region Hildesheim an diesen Landesgesamtaufnahmezahlen beträgt ohne die kommunalen Unterkünfte 15,2%.

Die Verteilung auf die Kommunen liegt bei 1.000 bis 1.500 Personen pro Woche ab 13. KW 2016 und ist damit merklich gesunken (von 3500!). Im Landkreis Hildesheim (inkl. Stadt Hildesheim) waren zum 31.12.2015 2.735 Asylbewerber untergebracht. Für das Ende des ersten Quartals hat die Kreisverwaltung zunächst mit einer Gesamtzahl von 3000 Personen kalkuliert. Die Zahl könnte aber aufgrund der aktuellen Globalentwicklung unterschritten werden. Seit Anfang November gilt der Krisenfall für die Kreisverwaltung. Durch die dadurch erreichte Umstellung der Verwaltung konnte die Lage stabilisiert werden und die Menschen relativ problemlos untergebracht werden. Da kurzfristig aber nicht genügend geeigneter Wohnraum zur Verfügung stand bzw. steht, mussten anderweitige Lösungen gefunden werden. So hat der Landkreis Hildesheim seine leerstehenden Schulgebäude in Lamspringe, Gronau und Nordstemmen kurzfristig in Notunterkünfte umgewandelt. Da auch diese Maßnahme nur tageweise Entlastung brachte, mussten zusätzlich auch leerstehende Hotels etc. angemietet werden. Zusätzlich bedurften diese „Massenunterkünfte“ auch Betreuungskräfte, die von den Hilfsorganisationen angemietet wurden.

Dadurch war auch ein deutlicher Anstieg bei den Leitungskosten zu verzeichnen. Dieses war notwendig, da die oberste Prämisse in diesem Fall die Vermeidung von Obdachlosigkeit war und ist. Eine Unterbringung in Zelten u. ä. war im Winter keine adäquate Alternative, so dass der Landkreis hierauf von Vorherein verzichtet hat.

Ohne die engagierten ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer in den Unterkünften, den lokalen Arbeitskreisen und Flüchtlingszirkeln, den Kleiderkammern usw. aber auch den Beschäftigten der Kreisverwaltung und der Gemeinden wäre die sehr angespannte Situation zum Ende des letzten Jahres niemals so friedlich und größtenteils problemlos verlaufen.

Wie geht es weiter?

Frei nach dem Max Frisch: „Wir erwarteten Flüchtlinge und es kamen Menschen.“

Die Herausforderung sind auch nicht die einzelnen Menschen, sondern die Menge. Hier bleibt die globale Entwicklung zunächst abzuwarten.

Unabhängig davon, wie sich diese internationale Lage in den nächsten Monaten entwickelt, ist davon auszugehen, dass ein Großteil der Menschen, die momentan zu uns kommen - insbesondere aus Syrien- lange bis dauerhaft bei uns bleiben werden.

Das bedeutet konkret für die Kreisverwaltung und die Kommunen, dass neben der Unterbringungsfrage im zweiten, dritten und vierten Schritt die riesige Aufgabe der Integration zu bewerkstelligen sein wird. Damit ist heute absehbar, dass es sich nicht nur um ein temporäres Thema handelt, sondern es sich zu einer Daueraufgabe entwickelt, die uns alle für viele Jahre begleiten dürfte.

Dabei ist es an uns allen bei der Aufgabe der „Überführung in das normale Leben“ für diese Menschen mitzuwirken. Das wird ein langer und bestimmt kein leichter Weg.

Dennoch ist es nach meiner Auffassung unsere gesellschaftliche Pflicht Notleidenden - und das sind diese Menschen unsere Hilfe und Unterstützung anzubieten.

Das bedeutet im Umkehrschluss aber auch den Willen zur Integration bei den Hilfesuchenden zu wecken – die Formel vom Fördern und Fordern passt auch hier!

Olaf Lies beim Bürgerstammtisch – Fahrradweg zwischen Holle und Grasdorf Thema

Für den 3. Mai 2016 hatte der SPD-Gemeindeverband Holle zum Bürgerstammtisch in das Café Engelke in Holle eingeladen. Besonderer Gast des Abends war Olaf Lies, Niedersächsischer Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr. Rund 50 Bürgerinnen und Bürger waren der Einladung gefolgt. „Es war ein spannender und gelungener Abend“, so Sven Wieduwilt, Vorsitzender des SPD-Gemeindeverbandes Holle.

„Wir hatten für die Veranstaltung bewusst kein Thema vorgeben“, betonte Sven Wieduwilt. Ziel sei gewesen, dass die Bürgerinnen und Bürger das direkte Gespräch mit Olaf Lies führen können. „Und haben wir erreicht.“ Rund 50 Bürgerinnen und Bürger nahmen an der Veranstaltung teil, konnten Fragen an den Minister richten und mit ihm über VW, die

Diesel-Affäre und die Boni-Zahlungen, das Transatlantische Freihandelsabkommen (TTIP), die Energiewende, Fracking und Möglichkeiten einer Ausbildungsgarantie diskutieren. Olaf Lies stellte sich geduldig und engagiert zweieinhalb Stunden der Diskussion. „Es war eine gelungene Veranstaltung mit guten Diskussionen in guter Atmosphäre. Und mit Olaf Lies hatten wir einen tollen Gesprächspartner zu Gast“, unterstrich Sven Wieduwilt im Anschluss an die Veranstaltung.

Der SPD-Gemeindeverband Holle hatte zwar keine Themen vorgegeben, griff aber einen eigenen Punkt auf: den Lückenschluss beim Fahrradweg zwischen Grasdorf und Holle. Anfang April wurden hierfür Unterschriften gesammelt, die im Rahmen der Veranstaltung von Inka Uthe, Ortsbürgermeisterin in Holle, Achim Bangel, Ortsbürgermeister in Grasdorf, und Bernd Leifholz, erster stellvertretender

Bürgermeister der Gemeinde Holle, Olaf Lies überreicht wurden.

Der Minister wies darauf hin, dass Voraussetzung für eine Beschleunigung des Verfahrens die Entwicklung einer entsprechenden Planung sei. Da seitens des Landes Niedersachsen mit einem entsprechenden Verfahren wohl erst ab 2020 zu rechnen ist, schlug er vor, dass die Gemeinde Holle in Abstimmung mit dem Niedersächsischen Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr die Planung in eigener Regie übernehmen und auf eigene Kosten durchführen sollte. Außerdem schlug er einen Besprechungstermin zwischen Vertretern seines Ministeriums, der zuständigen

Straßenbaubehörde und der Holler SPD am Rande des Landtagsplenums im Juni vor.

Die Überlegung für die Übernahme des Planänderungsverfahrens zur Herstellung eines

Radweges zwischen Holle und Grasdorf wurde sogleich von der SPD-Gemeinderatsfraktion aufgegriffen. Ein Antrag für den Verwaltungsausschuss wurde bereits auf den Weg gebracht. „Wir sehen darin die einzige Möglichkeit, in absehbarer Zeit diesen Radweg



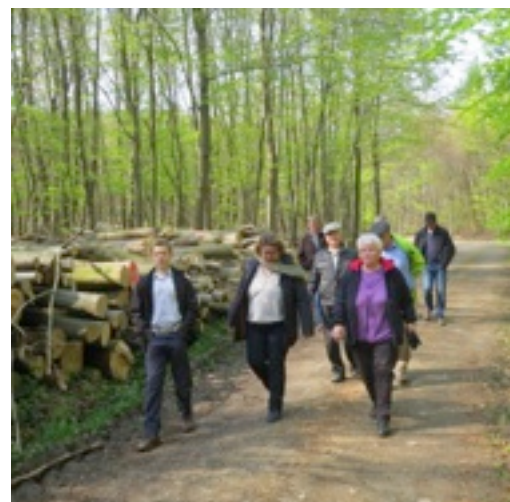
zu realisieren. Dafür sollten wir auch bereit sein, Kosten in überschaubarem Rahmen zu übernehmen“ – so die zentrale Aussage im Antrag.

.....

1.Mai-Spaziergang des SPD-Ortsvereins Grasdorf-Luttrum ein Erfolg

Auch am diesjährigen 1.Mai-Feiertag fand der traditionelle 1.Mai-Spaziergang des Ortsvereins Grasdorf-Luttrum statt. Ein voller Erfolg und eine schöne Veranstaltung, betonte Sven Wieduwilt, Vorsitzender des SPD-Ortsvereins, im Anschluss an den Spaziergang. 23 Teilnehmerinnen Teilnehmer wanderten in diesem Jahr von Grasdorf nach Luttrum, um den dortigen Dorfflohmarkt zu besuchen. Bei leichter Bewölkung begann der Spaziergang um 10 Uhr in Grasdorf. Bei schönstem Sonnenschein traf die Gruppe in Luttrum ein. „Für uns als Ortsverein war klar, dass das Ziel unseres Spazierganges dieses Jahr nur Luttrum sein kann. Wir sind ein Ortsverein. Und wir wollten mit unserem Spaziergang auch den Luttrumer Dorfflohmarkt unterstützen“, betonte

Sven Wieduwilt, der selbst in Luttrum lebt. Im Anschluss an den Spaziergang zog er ein positives Fazit. „Ich finde, es war wieder eine schöne Veranstaltung mit angenehmen Gesprächen und guter Stimmung“, so Wieduwilt. „Ich freue mich schon auf die Fortsetzung 2017.“





„Frei und Verantwortungsbewusst“ SPD-Gemeindeverband Holle ehrt Jubilare

„Jubilarehrungen gehören zu den schönsten Aufgaben eines Vorsitzenden“, so Sven Wieduwilt, Vorsitzender des SPD-Gemeindeverbandes Holle. Bei der Mitgliederversammlung am 14. März 2016 fanden drei Ehrungen statt. Zusammen mit den Ortsvereinsvorsitzenden Simone Flohr und Ute Witteczek ehrte Sven Wieduwilt Ulrich Neumann, Heinz Beckold und Joachim Borrman.

Zu Beginn betonte Sven Wieduwilt den Charakter der SPD als Mitgliederpartei. „Die SPD lebt von ihren Mitgliedern, von deren Engagement und Einsatz“, so Wieduwilt. „Jubilarehrungen sind eine schöne Möglichkeit, für dieses Engagement Danke zu sagen. Und wir ehren dabei Mitglieder, die unserer Partei viele Jahre und auch in schweren Zeiten und Situationen die Treue gehalten haben“. Sven Wieduwilt zitierte in seiner Rede Franz Müntefering, den früheren Parteivorsitzenden der SPD. „In Ortsvereinen, auf Konferenzen, sind mir Mitglieder begegnet, die oft in härteren Zeiten geprägt worden waren. Das waren einfache Menschen, wie man so sagt. Menschen mit klarer Sprache ohne große Worte, stolz aber nicht arrogant, gerecht aber nicht sentimental, friedlich aber nicht unterwürfig, klug aber nicht schlau, wertbezogen aber nicht ideologisch, solidarisch aber nicht anspruchlos, tolerant aber nicht prinzipienlos, Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen mit Leib und Seele - frei und verantwortungsbewusst.“ Diese Sätze von Franz Müntefering seien eine hervorragende Beschreibung für die Mitgliedschaft der SPD und eine Verneigung vor dieser.

Ulrich Neumann und Heinz Beckold erhielten die Auszeichnung für 40jährige Mitgliedschaft in der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Joachim Borrman wurde für 25jährige Mitgliedschaft ausgezeichnet.



IMPRESSUM

Sven Wieduwilt
Vorsitzender des SPD-
Gemeindeverbandes Holle
Wiethagen 3
31188 Holle

E-Mail:
info@sven-wieduwilt.de

Homepage
www.sven-wieduwilt.de